

Das revolutionäre Elend.

ap. Trübe sind die wirtschaftlichen Aussichten des eben angegangenen Jahres. Der Konjunkturzirkus, der 1913 einsetzte, wird noch schärfer werden und die Arbeitslosigkeit wird sich noch mehr verschlimmern. Das Massenelend tritt allmählich wieder in den Mittelpunkt der Arbeitsebewegung, ähnlich wie in den 80er und 90er Jahren, nachdem es inzwischen während anderthalb Jahrzehnt der Prosperität durch den energischen Kampf um einen Anteil an dem Aufstieg, der sogar Illusionen eines ständigen Aufstiegs schuf, zurückgedrängt war. Während damals die gute Konjunktur die Organisationen emportrieb und ein Bewußtsein der Kraft und der Kampffähigkeit in den Massen schuf, wird durch die Krise, wenn sie nicht wieder rasch der Prosperität weicht, das Massenelend zur wichtigsten revolutionären Kraft werden.

Das Elend wirkt allerdings nicht stets unmittelbar revolutionär. Es wirkt in doppelter Weise: einerseits wachsen Empörung und Mut über das unverhüllte Leiden, die sich gegen die Gesellschaft richten und zur Aktion treiben; aber andererseits wird gerade durch die Not der Mut und die Kraft gebrochen. Hunger gebiert Mut, aber Hunger macht auch feige und demütig; der Schrei der Verzweiflung, der aus der Masse der Darbenden emporsteigt, ist zugleich ein Schrei um Hilfe, der sich an die Reichen und Herrschenden wendet und von ihnen Gaben erwartet. Und wenn man sehen würde, daß die Bestehenden tatsächlich alles mögliche tätten, der Not abzuholen, so würde bei den Massen, wenn auch für Gefühle der Dankbarkeit kein Anlaß war, doch auch keine revolutionäre Energie ankommen können.

Erst wenn sich herausstellt, daß alles Fragen und bitten vergeblich ist, wächst der Zorn aus der Verzweiflung, die Kampfentschlossenheit aus dem Elend empor. Wenn die Regierungen alle Forderungen, hellsend einzutreten, zurückweisen, dann kommt der Gedanke an Selbsthilfe. Dann wächst das Gefühl bei den Notleidenden, daß sie nichts zu verspielen haben, dann wächst die revolutionäre Stimmung und äußert sich in Versammlungen und Demonstrationen. Dass darin eine Gefahr liegt, empfindet die herrschende Klasse instinktiv; deshalb fleidet sie ihre Weigerung möglichst in freundliche Worte. Vielleicht versucht sie auch eine Kleinigkeit zu tun, die allerhöchste Not zu lindern. Aber sie tut es nicht so gründlich, nicht so entschieden und offen, daß nicht Erbitterung und Groll bei den Massen zurückbleibe. Erst durch die praktische Haltung der herrschenden Klassen wird das Elend der Massen zu einer revolutionären Kraft, die zur Aktion treibt.

Über das gilt nicht für alles Elend. Dass die Not zur Aktion, zu Taten treibt, macht sie noch nicht zu einer revolutionären Macht. Die Aktion wirkt nur dadurch, daß sie zum Eingreifen, zu bestimmten Maßnahmen zwingt und so den Bestand der Gesellschaft umändert. Über es kommt darauf an, ob diese Maßnahmen die Gesellschaft vorwärts treiben, ob sie einen Schritt vorwärts in der Richtung einer revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft bedeuten. Hungerrevolution sind bisweilen Hebel der Revolution gewesen, aber sie haben auch mitunter als reaktionäre Kraft gewirkt.

Immer und immer wieder tauchen zur Abhilfe der proletarischen Not Projekte der Landansiedlung auf. Das ist leicht verständlich. Die ersten Proletariermassen stammten vom Lande, als von der Scholle vertriebene Bauern oder dem Druck stehende Landarbeiter: was liegt da näher, als diesen hungrigen, revoltierenden Scharen einfach dadurch zu helfen, daß man die Ursache ihres Elends aufhebt und rückgängig macht? Und auch später scheint ein Widerspruch zwischen den Scharen der Arbeitslosen in der Stadt und dem Überfluss an Land draußen zu liegen; führt man sie dorthin, so wird durch die Entlastung des Arbeitsmarkts zugleich der Druck auf die Löhne weggenommen, also nach zwei Seiten gehoben. Eine solche Abhilfe wäre aber für eine entwickelte kapitalistische Gesellschaft keine revolutionäre Fortschritt, sondern ein reaktionärer Rückschritt. Dadurch würde eine Klasse von günstigenfalls zufriedenen, gutgestellten Kleinbauern, geschafft, individualistisch, beseitigt, der Blick nur auf die eigene kleine Wirtschaft gerichtet, dem großen Befreiungskampf der Welt entfremdet — eine Stärkung des Kleinbesitzes, keine Stärkung, sondern eher eine Schwächung des Sozialismus. Nur dort, wo ein Land sich in vorkapitalistischen Verhältnissen befindet, ohne Industrie, mit unfaktoriertem, hochfeudalem Großgrundbesitz, dort kann die Schaffung eines zahlreichen Bauerntums ein Fortschritt, nämlich ein Fortschritt zu bürgerlichen Wirtschaftsformen sein.

Ob das Elend durch die Aktion der notleidenden Massen revolutionär wirkt, hängt also von der Natur der Maßnahmen

ab, zu denen es führt. Diese sind aber nicht willkürlich zu ersinnen; sie hängen von der Entwicklungslage der Gesellschaft und der Klassenverhältnisse ab.

Wie war das proletarische Elend so groß, so tief und allgemein, wie in England in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts. Durch Krise und Hunger ausgepeitscht, zogen die Massen mit schwarzen Fahnen herum, auf denen „Brot oder Tod“ zu lesen stand, plünderten Bäckereien und Biscuit-Häuser und zerstörten die Maschinen und die Ernte; oder sie sammelten sich zu Hunderttausenden in politischen Versammlungen und Demonstrationen, das allgemeine Wahlrecht fordern. Die gewaltigen Klassenkämpfe, die damals England aufwühlten und oft einem Bürgerkrieg ähnelten, sind vom modernen proletarischen Klassenkampf durchaus verschieden. Ihre alles beherrschende Triebkraft war das entfesselte Massenelend; und dieses Elend war die Wirkung des langjährigen Herunterstinkens der Kleinproduzenten, der Handwerker, die der übermächtigen Konkurrenz der stetig vorbringenden Maschine erlagen. Gegen diesen Untergang war aller Kampf vergebens, war keine Hilfe möglich. Das Ideal einer besseren sozialistischen Welt, das Owen für sie aussetzte, konnte nur eine utopische Konstruktion sein; und die Versuche, durch praktische Augenblickshilfe in der Gestalt von Genossenschaften dahin überzuleiten, führten zum überwundenen Kleinbetrieb zurück und mußten völlig scheitern oder blieben einflußlose Einzelunternehmungen. Robert Owen, mit seinem goldenen Herzen und seinem reichen Wissen, Philanthrop und Denker zugleich, der all seine Projekte scheitern sah und doch unermüdlich seine Ideen weiter propagierte, der den Klassenkampf als aussichtslos ablehnte und doch von den kämpfenden Massen hochverehrt wurde, er verlorpert am vollkommensten diese Geschichtsperiode, in der die Anfänge des modernen proletarischen Klassenkampfes sich noch kaum aus dem allgemeinen Massenelend herauhoben. Die reale Entwicklung der Welt bot keine Abhilfe für dieses Elend; erst mußten die Reste der Kleinproduzenten, mußten ihre kleinbürgerlichen Erinnerungen verschwinden, damit der hochentwickelte Kapitalismus selbst die Elemente einer neuen Ordnung hervorbringen konnte.

Ganz andere Natur ist das Elend des modernen Proletariats. Die industrielle Arbeiterschaft ist keine untergehende, sondern eine aufsteigende Klasse; ihr Elend ist kein Beweis ihrer Überflüssigkeit, sondern eine Kraft zu ihrem Aufstieg. Weil es die Klasse der Zukunft ist, liegt in seiner Lage nichts Hoffnungsloses; weil der Kampf seines Elends ein sicherer Erfolg winkt, muß jeder Schritt auf diesem Wege, statt ein vergeblicher Versuch, die Entwicklung zur Umkehr zu bringen, eine teilweise Verwirklichung der künftigen Wirtschaftsweise, eine Errichtung in der Richtung der wirklichen Entwicklung, also auch eine Förderung dieser Entwicklung sein.

Diese Tatsache, die Einheit von Reform und Revolution, ist die bekannte Grundlage der proletarischen Praxis. Die gewonnenen Reformen bilden keine Schwächung der Macht des Proletariats, sondern wirken schließlich immer wieder als Kraft des Aufstiegs. Das gilt auch für die Augenblicksreform, die das Proletariat zur Abhilfe seines speziellen Klassenelends, der Arbeitslosigkeit, fordert. Die ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen, die Sicherstellung ihres Lebens mag scheinbar die Tendenz haben, die Unzufriedenheit zu dämpfen; in ihren wirtschaftlichen Folgen muß sie, wenn erheblich genug, den Druck auf den Arbeitsmarkt verringern und damit die ökonomische Machstellung des Kapitals untergraben. In der Hand einer proletarischen Staatsgewalt konsequent durchgeführt, wäre sie ein wichtiger Hebel zur Umwälzung des Kapitalismus zum Sozialismus.

Natürlich liegt darin schon enthalten, daß dann diese Reform unter der Herrschaft der bürgerlichen Klassen nie im vollen Umfang verwirklicht werden kann. Damit reiht sie sich allen proletarischen Augenblicksfordernungen an, die wirtschaftlich und politisch erfüllt werden könnten und auf dem Wege der Entwicklung liegen, aber durch die herrschende Klasse verhindert werden, weil ihre Erfüllung deren Herrschaft, Macht und Ausbeutung gefährden würde. Der Kampf um diese Forderungen wird daher zu einem revolutionären Kampf, weil seine direkten Ziele notwendig, möglich und jedem sichtbar sind und zugleich die Eroberung der vollen Herrschaft erfordern.

Die revolutionäre Kraft des heutigen proletarischen Elends liegt nicht darin, daß ihm jetzt nicht abzuholen sei. Umgekehrt. Das Elend der Massen Englands vor einem Jahrhundert konnte nicht revolutionär wirken, weil es hoffnungslos war. Das Elend des modernen Proletariats ist nur dadurch revolutionär; daß praktische Maßnahmen zur Abhilfe sehr gut möglich sind, aber zugleich die Ausbeutung im Prinzip antasten. Daher entwickelt sich die völlige Auf-

hebung des Elends organisch aus der heutigen Gesellschaft, aber nur vermittels eines mit aller Kraft geführten Klassenkampfes. —

Die neue Monroe-Doktrin und der Imperialismus der Vereinigten Staaten.

Neu York, 22. Dezember 1913.

Wie wußten die Demokraten während der sechzehn Jahre, vom März 1807 bis zum gleichen Monat 1913, da die Republikaner die Geschichte der Vereinigten Staaten lenkten, über die Doldendiplomatie zu wettern! Wie schlugen sie 1912 in der Wahlbewegung das Dienstverhältnis aus, in welchem die Republikaner von Woodrow Wilson bis Taft zu den imperialistischen Diktaturen der durch die hiesige Wall Street repräsentierten, nach vorteilhafter Kapitalanlage lästerten, nach seitens Dividenden lechzenden, amerikanischen Hochfinanz standen! Sie hatten schriftlich recht. Und doch haben sie seit dem 4. März d. J., da „Ihr“ Präsident Wilson sein Amt antrat und der hochlerige „Friedensapostel“ Bryan die Auslandspolitik der Vereinigten Staaten verbricht, eine Weltpolitik eingeleitet, an deren Hirnverbrannte Tollheit gemessen die in die Präsidentschaft McAdoo's fallende Kriegserklärung an Spanien, die von dem Konsulat Roosevelt in Szene gesetzte „Abschließung des columbianischen Tochs“ durch die nachmalige Republik Panama und die Errichtung eines Finanzprotectorats über Honduras (während der Regierung des Präsidenten Taft) ein harmloses Kinderspiel waren.

Woodrow Wilson, der derzeitige Präsident, brachte es fertig, durch seine Deutung der Monroe-Doktrin den Keim zu schweren Konflikten mit europäischen Mächten zu schaffen und zugleich ganz Central- und Südamerika zu Protesten zu veranlassen.

Die Monroe-Doktrin, in einer am 2. Dezember 1823 von dem Präsidenten Monroe an den Kongress (Parlament der Vereinigten Staaten) gerichteten Botschaft proklamiert, richtete sich gegen die Abstift Spaniens, sich die südamerikanischen Republiken, vormalige spanische Kolonien, mit Hilfe der heiligen Allianz wieder zu unterwerfen. Gedenkt eventuelle Verlust einer europäischen Macht, die jungen Republiken ihrer Selbstständigkeit zu berauben oder in Amerika Kolonien zu erwerben, wurde von Monroe im voraus als „unfreundlicher Akt gegen die Vereinigten Staaten“ bezeichnet. In seiner bekannten Depesche vom 20. Juli 1805, welche auf den venezolanischen Grenzkreis Bezug nimmt, sagt Olney, Staatssekretär (Minister des Auswärtigen) unter dem demokratischen Präsidenten Cleveland, ausdrücklich: „Die Monroe-Doktrin erklärt keineswegs ein Protektorat der Vereinigten Staaten über andre amerikanische Länder.“ Noch im Jahre 1902 gab der Präsident Roosevelt die Erklärung ab, die Monroe-Doktrin sei lediglich der Ausdruck der Überzeugung der Vereinigten Staaten, daß die auf dem amerikanischen Kontinent existierenden Staaten ein Recht auf Selbstständigkeit haben.

Und nun läßt die jetzige demokratische Regierung erklären, sie könne und werde es nicht dulden, daß andre Mächte oder deren Staatsangehörige in Mexiko den zentral- oder südamerikanischen Republiken Konzessionen erwerben, welche eine dieser Republiken in ein wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis bringen könnten. Bei dem Protest gegen die Verpachtung der Magdalenenbai und des nördlichen Hinterlandes an ein japanisches Syndikat ließ der Präsident Taft der mexikanischen Regierung gegenüber die militärisch-politische Bedrohung hervorheben, daß das Syndikat im Einverständnis mit der Tokioer Regierung handle, welche an Mexiko Westküste eine Flottenstation anlegen wolle.

Bekanntlich hat ein britischer Syndikat, zu dessen Spitze der Lord Murray steht, mit der Regierung Colbias einen Präliminarvertrag abgeschlossen, demzufolge es die Konzession zur ausschließlichen Pechsteingewinnung, zum Bau von Eisenbahnen und zur Errichtung von Docks erhalten sollte. Angeklagt der Erbherr, welche in Colombia seit der Verteilung Panamas gegen die Panzer herrschte, hätte das kolombianische Parlament dem Vertrag sicherlich seine Zustimmung ertheilt, wenn die Engländer nicht inzwischen auf die Konzession verzichtet hätten. Ob dieser Verzicht auf die Projekte der Washingtoner Regierung zurückzuführen ist, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls hat sich die Regierung der Vereinigten Staaten zum Sprachrohr der Wall Street gemacht und unter Berufung auf die Monroe-Doktrin offizielle Drohungen an die Adresse Colbias gerichtet. Mit andern Worten: Washington hat im speziellen Falle der Monroe-Doktrin eine wirtschaftliche Deutung gegeben, um das „Recht“ auf die Ausplunderung der sogen. lateinisch-amerikanischen Republiken ausschließlich für „unser“ Kapital in Anspruch zu nehmen.

Es bleibt aber keineswegs bei der Verkündigung der neuen Monroe-Doktrin. Diese wird, darüber hat der Präsident Wilson am 9. Dezember beim Empfang der Mitglieder der Senats- (Oberhaube) Kommission für auswärtige Angelegenheiten keinen Zweifel gelassen, auch in die Tat umgesetzt, sobald die mexikanische Frage erledigt ist. Von der eritreitenden Mehrheit der Bevölkerung der Vereinigten Staaten wurde diese jüngste Ankündigung des Präsidenten Wilson ruhig hingenommen, obwohl sich im Juli d. J. beim Bekanntwerden des zwischen den Regierungen Nicaragua und den Vereinigten Staaten vereinbarten Vertrags lebhafte Widersprüche erhoben und auch die Senatskommission ihn ausdrücklich Angelegenheiten sich gegen das eine neue Auslandspolitik einleitend abschließen ausprach. Seitdem haben die Gesandten Costa Ricas, Salvadors und der seit zwei Jahren mit einem nordamerikanischen Finanzprotectorat „beglückten“ Republik Honduras in Washington in aller Form gegen den förmlichen Abschluß des Vertrags Ver-

Eine Glanzleistung

ist der grosse Inventur-Ausverkauf

Marie Kramer

Leipzig, Mainstrasse Nr. 7, nahe am Markt

Ulstermäntel	Wert bis 12.—	Wert bis 16.—	Wert bis 24.—	Wert bis 37.—	Wert bis 50.—
Kostüme	jetzt 4.—	jetzt 7.50	jetzt 11.—	jetzt 18.—	jetzt 25.—
Astrachan-Mäntel	Wert bis 16.—	Wert bis 30.—	Wert bis 45.—	Wert bis 70.—	Wert bis 102.—
Samt-Mäntel	jetzt 8.50	jetzt 15.—	jetzt 23.—	jetzt 35.—	jetzt 59.—
Sealplüsch-Mäntel	Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	
Tausende Blusen	jetzt 15.—	jetzt 20.—	jetzt 26.—	jetzt 34.—	
Garnierte Kleider	jetzt 18.—	jetzt 27.—	jetzt 35.—	jetzt 42.—	
Seidenkleider	jetzt 33.—	jetzt 40.—	jetzt 65.—	jetzt 82.—	
Seide Wert 42.— bis 6.50 Wolle Wert bis 24.75 Tüll u. Spitzen Wert bis 33.—					
jetzt 27.— bis 3.50 jetzt 12.— bis 2.30 jetzt 32.— bis 2.25					
jetzt 25.— Samtkleider jetzt 10.— Konfirmandenkleider jetzt 12.—					